

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	96 (2002)
Heft:	4
Artikel:	Eine virtuelle Weltmacht tritt aus dem Schatten : Saudi-Arabiens Angebot an Israel könnte entscheidend zum Frieden beitragen
Autor:	Kebir, Sabine
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-144345

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine virtuelle Weltmacht tritt aus dem Schatten

Saudi-Arabiens Angebot an Israel könnte entscheidend zum Frieden beitragen

«Wir bieten Israel natürliche Beziehungen und die Garantierung der Sicherheit an, wenn es sich vollumfänglich aus den besetzten Gebieten von 1967 zurückzieht, einen souveränen Palästinenserstaat mit al-Kuds als Hauptstadt anerkennt und die Rückkehr der Flüchtlinge ermöglicht.» Mit diesen Worten hat der saudische Kronprinz Abdullah seine Friedensinitiative am 29. März vor dem arabischen Gipfeltreffen in Beirut konkretisiert. Warum es sich bei diesem Vorschlag, gerade weil er aus Saudi-Arabien kommt, recht eigentlich um eine Sensation handelt, begründet Sabine Kebir in ihrem Kommentar. Die Autorin schreibt in gründlicher Kenntnis der arabischen Gesellschaft. Bekannt wurde sie durch ihr Buch «Zwischen Traum und Alpträum. Algerische Erfahrungen 1977 bis 1992», das Jean Villain in unserer Zeitschrift (NW 2/1994, S. 54ff.) vorgestellt hat. Inzwischen verdrängt blutige Gewalt im Nahen Osten die von den arabischen Staaten mitgetragene Friedensinitiative. Oder ist es gerade der Zweck dieser Gewalt, vor allem der Besatzungs- und Demütigungspolitik Israels gegenüber Palästina, dass der Grundsatz «Land gegen Frieden» keine Chance bekommen soll?

Red.

Eine sensationelle Ankündigung

Es war schon peinlich, dass der *wichtigste Verbündete des Westens* im islamischen Raum bislang der *hartnäckigste Feind der Anerkennung Israels* gewesen ist. Es war so peinlich, dass es nie offen gesagt werden konnte und daher auch nicht so auffiel. Aber nach der reinen wahabitischen Lehre ist es ausgeschlossen, auch nur einen einzigen Zentimeter islamischen Bodens aufzugeben. Nicht nur deshalb war die Ankündigung des saudischen Kronprinzen Abdallah, den Staat Israel diplomatisch anzuerkennen, wenn er sich hinter die völkerrechtlich akzeptierten Grenzen von 1967 zurückziehen würde, eine Sensation.

Saudi-Arabien hat es bislang nur äusserst selten für nötig gehalten, überhaupt irgend etwas offiziell zu verlautbaren. Wenngleich eine Weltmacht, gehört es zu den wenigen Ländern, die es bis heute noch nicht zu einem voll ausgebildeten Staatswesen gebracht haben. Die saudischen Scheichs gelangten direkt aus der Position der Stammesfürsten in die von privaten Weltmonopolisten in Sachen Öl. Damit sind sie leibhaftige *Idealtypen des Neoliberalismus*. Die lästige Staatsphase, aus der sich andere Weltmonopolisten mühsam herausarbeiten mussten, haben sie sich ganz einfach ersparen können.

Freilich genügt ihnen schon seit Jahrzehnten nicht mehr die Macht über ihre Clans bzw. ihre Territorien. Ihre *unermesslichen Reichtümer* haben sie in Finanzspekulationen, vielfältige weltweite Wirtschaftsunternehmen und in einen *Kulturkampf* investiert. Ziel ist die Wahabisierung des riesigen und durch die Migrationen territorial eigentlich auch gar nicht mehr abgegrenzten Raums der islamischen Umma. Alle diese Operationen vollziehen sich weltweit auf informeller, privater Basis, oft im Gefolge des Baus von Moscheen und der Finanzierung von Vereinen, die dann bereit sind, ihre eigenen traditionellen Formen des Islam aufzugeben und die von

den Saudis genau vorgegebene Ausprägung zu verfechten.

Für diese *Transaktionen von Geld und Kultur* brauchten die Saudis ebenso wie die weltweit agierenden amerikanischen Think-Thanks weder einen Staat, noch auch irgendeinen Personenkult im Stile einer Ostblockdiktatur. Die Geld- und Ideengeber sind nur den jeweils führenden Köpfen der religiösen Vereine bekannt. Das Fussvolk, das von seinen eigenen Führern mit Geld vom Golf (das auch mal aus einem selbständigen Emirat stammen konnte) teils mit kultischen Gaben, teils auch mit Waffen versorgt wurde, sollte die Namen der Geldgeber gar nicht kennen. Erwünscht war der Eindruck, dass das Geld der Moscheen ein Gottesegen sei. Es hatte die rituelle Form des Sakkat, der vom Islam vorgeschriebenen Armensteuer. Damit war es nicht als Hilfe zur Selbsthilfe gedacht, etwa zum Aufbau strukturierter Volkswirtschaften, sondern als Almosen, die sich bei Bedarf auch in bewaffnete Militanz transformierten.

Weil jeder Scheich mit seinen Finanzen lange Zeit machen konnte, was er wollte, waren die jeweiligen Engagements nicht automatisch koordiniert. In dieser Anarchie kam es immer wieder zu Pannen. So wurde z. B. die Zerstörung der ägyptischen Luftwaffe am Boden durch Israel gleich zu Beginn des *Sieben-tagekriegs* von 1967 möglich, weil die auf *saudischem Territorium* stationierten amerikanischen Satellitenrelais die notwendigen Daten lieferten. Und es gelang den Saudis nicht, die im Kampf gegen den Kommunismus in Afghanistan bzw. in den südlichen Sowjetrepubliken auch dem Westen einst genehmen bösen Geister zu bändigen, nachdem sie ihre Aufgabe erfüllt hatten.

Auf Druck der USA musste sich die Monarchie schon im November 1994 einmal in einer äußerst peinlichen Angelegenheit weltöffentlich outen. Nach einer erneuten angeblichen Drohung Saddam Husseins gegenüber Kuwait und

Saudi-Arabien gab Präsident Clinton seine Schutzgarantie nur unter der Bedingung, dass Riad offiziell erklärte, künftig keine Gruppen mehr finanziell zu unterstützen, die den Islam mit Gewalt verbreiten. Damit hatte es anerkannt, bislang ein *terroristischer Staat* gewesen zu sein.

Es spricht einiges dafür, dass solche Finanzierungen seitdem tatsächlich behindert wurden, was z. B. die militärische Situation zwischen islamistischer Guerilla und Armee in *Algerien* entscheidend veränderte. Aber völlig kontrollierbar sind die weltweit sich verselbstständigenden Finanzströme nicht, und insofern gelang es eben nicht, Dissidenten wie *Osama bin Laden* zu stoppen, der nicht nur im Kommunismus, sondern auch in der Demokratie westlichen Zuschnitts Todfeinde sieht.

Anerkennung Israels unterstützt Arafat

Yassir Arafats Schulterschluss mit *Saddam Hussein* nach dessen Besetzung Kuweits war sein grösster politischer Fehler. Gerade die *PLO-Führung*, die nur *abstraktes Völkerrecht* hinter sich hatte, hätte dieses unter allen Umständen gerade in eigenem Interesse respektieren müssen, und zwar keineswegs nur, weil seitdem allein Hamas und Islamischer Djihad noch Geldmittel aus Riad erhielten. Die Autonomiebehörde wurde fast ganz von den *Geldgebern aus Europa* abhängig. Nach israelischen Quellen betragen die der PLO während der ersten Intifada zur Verfügung stehenden Geldmittel jährlich 350 Millionen Dollar, nach dem Golfkrieg waren es nur noch 120 und im Jahre 1993 sogar nur noch 40 Millionen. Kein Wunder, dass die PLO die in sie gesetzten Erwartungen immer weniger erfüllen konnte. Mehr als ihre eigenen Verwaltungsstrukturen konnte sie tatsächlich nicht finanzieren und der Lebensstandard sank auf ein selbst unter der Besatzung nicht gekanntes niedriges Niveau ab. So ver-

wundert nicht, dass Arafat selbst seine Fatah nicht mehr voll kontrolliert.

Auch liegt klar zu Tage, dass diese Situation den Kräften in Israel, die an einem Frieden in den völkerrechtlich anerkannten Grenzen von 1967 genau so wenig wie die radikalen Palästinenser interessiert sind, den willkommenen *Vorwand* liefert, eine neue *Besatzungspolitik* zu rechtfertigen.

Insofern bietet der saudische Vorschlag tatsächlich eine Chance, den gordischen Knoten zu brechen. Mit seiner im Grunde das *Völkerrecht* bestätigenden Initiative ist das Königreich über seinen eigenen Schatten gesprungen. Ausserdem entzieht es Hamas und Isla-

nicht vorzustellen wagt. Der saudische Kronprinz wiederum sprach keineswegs nur für sein Land, sondern stellte die Anerkennung Israels durch die *gesamte islamische Welt* in Aussicht – was auf eine konzertierte Absprache schliessen lässt.

Ein Kolonialkonflikt

Nun liegt der schwarze Peter ganz bei *Ariel Sharon*, der auch sofort verlauten liess, dass die saudische Initiative für seine Regierung insofern uninteressant sei, weil eben ein Rückzug hinter die Linien von 1967 nicht in Frage käme. Aber hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Auf die israelischen Wähler könnten die Angebote des Kronprinzen überzeugend



mischem Djihad seine schützende Hand und stellt sich hinter Arafat, der entgegen allen anderen Behauptungen die einzige palästinensische Kraft repräsentiert, die das *Lebensrecht Israels* anerkannt hat.

Ob die jetzige saudische Initiative auf amerikanischen Druck zustande kam, ist nicht sicher. Denn so sehr die USA immer wieder betonen, dass es zu dem immerhin durch Wahlen legitimierten Arafat gar keine Alternative gibt, so sehr scheint ihre Nahost-Politik insofern mit Sharon über-einzustimmen, als der palästinensische Widerstand maximal herausfordert werden soll, um eine Art totalen Krieg zu legitimieren, dessen Ziele man sich gar

genug wirken, dass sie im nächsten Jahr die Arbeiterpartei an die Macht bringen.

Ob Sharons gegenwärtige Feldzüge im Interesse Israels liegen, müssen die Bürger dieses Landes selbst entscheiden. Sie liegen auf keinen Fall im Interesse des Westens. Denn die Palästinenser machen ihn nicht zu Unrecht mitverantwortlich für ihre Situation. Der Westen hat sich bislang weder als Garant von völkerrechtlichen Resolutionen noch des Friedensabkommens von Oslo erwiesen. Und weil Israel die *aussenpolitische Souveränität* über die den Palästinensern zugestandene Gebiete hat, können die Palästinenser selbst auch keinen Schutz

von UNO-Truppen erbitten oder gar erzwingen. Hier liegt für mich die grösste und wirklich unerträgliche Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Situation, die darauf verweist, dass es sich tatsächlich um einen Kolonialkonflikt handelt: Eine Seite hat kein Recht, internationale Hilfe anzufordern.

Natürlich müssen viele Fäden entwirrt werden, damit die saudische Initiative Früchte trägt. Dennoch hat der eher misslungene *Gipfel von Beirut* einen weiteren kleinen Fortschritt gebracht. Prinz Abdallah verkündete, dass in der Frage der *Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge* mehrere Lösungen möglich wären, d.h. nicht nur deren in der Tat

tinensischen Staat zwar anerkannt, dass es aber nicht zu seiner Hauptstadt wird. Dann müsste allerdings auch Israel seinen Anspruch, Jerusalem zur Hauptstadt machen zu wollen, aufgeben.

Spät, aber hoffentlich nicht zu spät hat sich Saudi Arabien – unter Aufgabe eigener Positionen – auf konstruktive Weise in den Konflikt eingeschaltet. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich die arabische Halbinsel an diesen transparenten Politikstil gewöhnte, und zwar nach aussen und nach innen. Der *Kronprinz* ist bereits 77 Jahre alt und wird seinem Nachfolger eine Gesellschaft hinterlassen, die von ständig wachsenden Widersprüchen zerklüftet ist. *Ein Teil* muss



unrealistisch scheinende Rückkehr. Freilich müsste sich in dieser Frage auch Israel bewegen, was bedeutet, beispielsweise über eine Wiedergutmachungslösung nachzudenken.

Ein anderer, bislang als unlösbar geltende Streitpunkt bleibt die Frage, ob *Ostjerusalem* die Hauptstadt Palästinas werden kann oder endgültig an Israel fallen soll. Wer Jerusalem besucht, wird sich des unzweifelhaft arabischen Charakters des Ostteils der Stadt schnell bewusst, den die Besatzung nicht verändern konnte. Ein Kompromiss könnte meiner Meinung nach darin bestehen, dass die Zugehörigkeit Ostjerusalems zum paläs-

selbst nach saudischen Massstäben als *fundamentalistisch* gelten, da er den Herrschenden vorwirft, die eigenen Prinzipien zu verraten und statt des gepredigten Wassers selber Wein zu trinken.

Dem steht ein *anderer Teil* der Bevölkerung gegenüber, der *Demokratisierungen* fordert. Auch die vorwiegend aus Asien zugewanderten *Arbeitsimmigranten* werden sich nicht immer im Zustand der Rechtlosigkeit halten lassen. Und es würde eine enorme Befreiung für die islamische Welt insgesamt bedeuten, wenn ihre Führungsmacht aus dem Schatten der Virtualität in die Sphäre von Demokratie und Transparenz trate. •

Patronenhülsen nach einem Straßengefecht in Ramallah.